

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
56. Sitzung

15.02.1989  
the-ro

Wenn vorhin von Loyalität bzw. Illoyalität die Rede gewesen sei, dann ändere das nichts daran - was sicher auch der Regierung und der Mehrheitsfraktion bekannt sei -, daß es Leute gebe, die der Expertenkommission nicht angehörten, aber dennoch offenbar bereits über die von ihr erarbeiteten Ergebnisse informiert seien. Für die CDU-Fraktion könne er sagen, daß sie über solche Informationen nicht verfüge.

Inwieweit die Ergebnisse der Expertenkommission letzten Endes umgesetzt würden, sei eine Frage der noch ausstehenden politischen Wertung; sicher fänden nicht alle Arbeitsergebnisse dieser Kommission den ungeteilten Beifall aller politisch Verantwortlichen. Wenn man aber die Kommission und ihre Arbeit ernst nehme, dann müsse man deren Ergebnisse auch in die Beratungen des Nachtragshaushalts einfließen lassen und dürfe nicht vollendete Tatsachen schaffen, die nachher trotz vielleicht besserer Erkenntnisse der Mikat-Kommission nicht wieder umgestoßen werden könnten. Schließlich habe man die Kommission ja in Übereinstimmung aller drei Fraktionen eingesetzt und einen Aufgabenkatalog aufgestellt, um daraus Anhaltspunkte für künftige politische Entscheidungen zu bekommen.

Der Vorsitzende betont, das Ernstnehmen der Untersuchungsergebnisse einer solchen Kommission bestehe darin, sie gewissenhaft zu prüfen und daraufhin Schlußfolgerungen zu ziehen. Dies aber dürfe nicht unter einem unangemessenen Zeitdruck geschehen. Er warne davor, die Illusion zu erzeugen, man könnte ein solches - wahrscheinlich recht umfangreiches - Arbeitsergebnis innerhalb eines einzigen Nachtragshaushalts umsetzen. Dadurch würden auch draußen im Lande falsche Erwartungen geweckt.

Minister Dr. Jochimsen gibt zu bedenken, daß der jetzige Nachtragshaushalt längst, nämlich zwischen der ersten und der zweiten Lesung, in den normalen Haushalt eingearbeitet worden wäre, wenn das Strukturhilfegesetz, wie ursprünglich vorgesehen, vom Bund im Herbst vergangenen Jahres beschlossen worden wäre. Doch die Koalition habe sich mit diesem Gesetz sehr viel Zeit gelassen.

Die gleichen Fragen wie jetzt werde man auch in den folgenden Jahren wieder vor sich haben, denn das Strukturhilfegesetz sei ja doch auf zehn Jahre angelegt.

Deshalb könne er die Aufgeregtheit, wie man denn in den Nachtragshaushalt noch irgendwelche Veränderungen einbringen könnte, die möglicherweise von einer Kommission vorgeschlagen würden, deren Arbeitsergebnisse aber noch gar nicht bekannt seien, nicht verstehen.

Er rate dazu, die Arbeitsergebnisse der Kommission in diesem Ausschuß wie auch in anderen betroffenen Ausschüssen sorgfältig zu erörtern und sie dann in die Formulierung der Politik einzubeziehen, statt sie zum Gegenstand von "Schnellschüssen" zu machen.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
56. Sitzung

15.02.1989  
the-ro

Abg. Schumacher (Kall) (CDU) hält ein Umdenken aufgrund der Ergebnisse der Mikat-Kommission zum Beispiel insofern für möglich, als die jetzt für Dorferneuerung vorgesehenen Mittel daraufhin möglicherweise anderen wirtschaftspolitischen Schwerpunkten zugeführt würden.

Abg. von Unger (CDU) kommt auf die nach Artikel 104 a Absatz 4 GG gewährten Mittel zurück. Wie dargestellt worden sei, seien damit öffentliche Investitionen im öffentlichen Interesse gemeint; privates Handeln werde nur dann gefördert, wenn daran ein öffentliches Interesse bestehe. Es sei dann die Einschränkung vorgenommen worden, daß nach einer Rücksprache mit dem Bundesfinanzministerium eine Vergabe an private Firmen nur in Betracht komme, wenn damit kein rentabilitätsfördernder Effekt verbunden sei. Er wirft die Frage auf, welches private Unternehmen unter diesen Umständen ein Interesse an derartigen Mitteln haben könnte.

LMR Dr. Berg (FM) stellt klar, daß die Verbesserung der Rentabilität nicht das primäre Ziel sein dürfe; denn primäres Ziel des Gesetzes sei der strukturverbessernde Effekt. Wenn mit diesem Effekt eine Verbesserung der Rentabilität einhergehe, so sei dies nicht verboten.

Abg. Westermann (SPD) widerspricht den Ausführungen von Abg. Schumacher (Kall) (CDU) zu den Sozialhilfelasten; er könne nicht bestätigen, daß die Kommunen damit keine Probleme mehr hätten. In seiner Heimatgemeinde seien die Sozialhilfelasten um 50 % gestiegen. Die zufälligen Steuermehreinnahmen des Jahres 1988 hätten an diesen grundsätzlichen Schwierigkeiten nichts geändert.

Die Mikat-Kommission sei in ihrer Terminfestlegung unabhängig. Ebenso, wie der Nachtragshaushalt bereits im letzten Herbst hätte vorgelegt werden können, wenn das Bundesgesetz früher verabschiedet worden wäre, hätte auch die Mikat-Kommission ihre Ergebnisse früher vorlegen können; dies unterliege keiner Beeinflussung von außen.

Bekanntlich müßten die Förderlisten in Bonn zum 1. April vorliegen. Auch von daher stelle sich die Frage, wie die Exekutive noch seriöse Förderlisten aufstellen sollte, wenn man jetzt noch eventuelle Schlußfolgerungen aus den Ergebnissen der Mikat-Kommission einarbeiten wollte. Eher gerate man wahrscheinlich mit der Bundesregierung in einen Konflikt wegen nicht rechtzeitig vorgelegter Listen.

Nach seiner Einschätzung werde der Nachtragshaushalt aber sicher nicht ganz neben der Sache liegen; denn er gehe davon aus, daß vieles von dem, was die Mikat-Kommission erarbeite, mittlerweile auch landesweit bekannt und dementsprechend im Haushalt berücksichtigt sei.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
56. Sitzung

15.02.1989  
the-ro

Das Strukturhilfegesetz habe ohnehin eine Laufzeit von zehn Jahren, so daß man jetzt über 10 % der Mittel streite. Wenn es gravierende Erkenntnisse der Mikat-Kommission gebe, die noch berücksichtigt werden müßten, dann habe man immerhin noch neun Jahre Zeit, die Mittel entsprechend zu steuern.

Hinsichtlich der im Laufe der Diskussion erhobenen Einwände gegen den Einsatz der Mittel für Fenstersanierung im Hochschulbereich oder für Dorferneuerung verweise er auf die vom Bundesgesetzgeber vorgegebenen Kriterien des Strukturhilfegesetzes, an denen sich das Land orientiere.

Zu 3: Abbau von Zukunftsblockaden und Schaffung neuer Arbeitsplätze

- Beseitigung des Industrieflächennotstandes -

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 10/2940

Vorlage 10/1810 (Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung)

Beratung und ggf. Abstimmung

---

Der Vorsitzende bedankt sich bei den drei Fraktion dafür, daß es in konstruktiver Weise gelungen sei, eine gemeinsame Entschlie-ßung zu dem CDU-Antrag Drucksache 10/2940 zu erarbeiten.

Der Ausschuß erklärt daraufhin einstimmig den Antrag der CDU-Fraktion Drucksache 10/2940 für erledigt.

Der Ausschluß empfiehlt dem Plenum ferner einstimmig, den - inzwischen als Drucksache 10/4070 verteilten - gemeinsamen Entschließungsantrag der drei Fraktionen anzunehmen.

Als Berichterstatter wird der Ausschlußvorsitzende benannt.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
56. Sitzung

15.02.1989  
the-ro

Zu 4: Steigerung und Verbesserung der Qualität des gewerblichen  
Angebots und der öffentlichen Infrastruktur für Tourismus  
in Nordrhein-Westfalen

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 10/3244

in Verbindung damit

Fremdenverkehrswirtschaft in Nordrhein-Westfalen für die  
90er Jahre

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 10/3277  
Ausschußprotokoll 10/810  
Vorlage 10/2036

Beratung

---

Abg. Westermann (SPD) begrüßt den Bericht des Ministers in Vor-  
lage 10/2036, der dem Anspruch, eine Analyse vorzunehmen, aber  
auch Konsequenzen zu empfehlen, durchaus gerecht werde.

Für wesentlich halte er es, daß dieser Bericht nicht allein  
das Ergebnis einer Arbeit der Exekutive darstelle, sondern daß  
er mit den im Fremdenverkehrsbereich Tätigen abgestimmt sei.  
Aus dem Bericht gehe auch hervor, daß Fremdenverkehrspolitik  
nicht Verwaltung von oben bedeute, sondern daß dafür eine Stär-  
kung der Aktivitäten in den neun Fremdenverkehrsregionen des  
Landes notwendig sei und daß in den Regionen den jeweiligen  
Situationen angepaßte Konzepte entwickelt werden müßten.

Er sehe in dem Bericht eine dankenswerte Bereicherung für die  
Diskussion und die weitere Antragsberatung.

Abg. Schumacher (Kall) (CDU) bedauert, daß er den Bericht des  
Ministers erst gestern im Fach vorgefunden habe. Aber auch  
bei flüchtiger Durchsicht zeige sich, daß daraus Konsequen-  
zen gezogen werden müßten, die zum Teil im Gegensatz zu dem  
SPD-Antrag Drucksache 10/3244 stünden. Darauf werde man in der  
weiteren Antragsberatung noch eingehen müssen.

Frau Abg. Thoben (CDU) bittet darum, für die Zukunft sicherzu-  
stellen, daß Beratungsunterlagen während sitzungsfreier Wochen  
nicht in die Fächer verteilt, sondern an die Heimatadressen der  
Abgeordneten gesandt würden, damit die Möglichkeit bestehe, sich  
mit den Materialien zu beschäftigen.